

Niederschrift SOZ/016/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 28.09.2023

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
-------------------	-----	--------------------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Frau Sophia van Es

Sachkundige Einwohnerin f.
Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Dr. Gertrud Hovestadt
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Udo Hewing
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Manoharan Murali
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Frau Elisabeth Meyer
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann
Herr Lars Wever	SPD	Vertretung für Herrn Hans-Hermann Kwiecinski

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Lena Ellenberger	Sozialplanerin
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabsstelle Sozialdezernat
Herr Henrik Mersch	Stellv. Fachbereichsleiter 8
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge

Sachkundiger Einwohner f.
Familienbeirat

Herr Azevedo eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Maria Abakar-Kadade als Mitglied im Sozialausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/015/2023 über die öffentliche Sitzung am 31.05.2023

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine weiteren Informationen. Fragen werden nicht gestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun weist auf das Bürgerpicknick am 3. Oktober 2023 hin.

Sie informiert, dass der Träger Lernen Fördern e. V. und Caritasverband Rheine e. V. das Beratungsangebot Casemanagement im Rahmen des Programms „Kommunales Integrationsmanagement“ in der letzten Sitzung des Integrationsrates vorgestellt habe. Dabei habe der Integrationsrat erfahren, dass die Beratungen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse, welche eine Kreisangelegenheit seien, im November 2023 auslaufen würden. Sie schlage der Kommune im Falle einer entstehenden Lücke vor, Kurzberatungen bei einem Träger anzudocken.

Herr Gausmann erklärt, dass die Agentur für Arbeit und die Innenministerien in Düsseldorf zuständig seien. Für diese Beratungen sei ein Spezialwissen erforderlich. Er hält es für sinnvoller, dass der Kreis über seine Haushaltsplanberatungen die Weiterführung dieser Angebotsstruktur entwickeln würde, als eine zusätzliche freiwillige Leistung ohne vorliegender Qualifizierung zu übernehmen. Über die Kreistagsmitglieder würde das Anliegen an den Kreis herangetragen werden.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass in der letzten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 21. August 2023 das ARTandTECH.space-Gebäude an der Lindenstraße vorgestellt worden sei. Aufgrund der Hanglage sei es nicht ganz unproblematisch, dort eine Barrierefreiheit herzustellen. Die barrierefreie Zuwegung sei von einer Seite aus gesichert.

Die Zahl für Menschen mit intensiv ambulanten Betreuungsbedarfen sei vom LWL mit 30 bis 40 benannt worden. 60 habe die jetzige Erhebung ergeben. Der Beirat habe seinen Unmut darüber geäußert, dass im Vergleich zu vor zwei Jahren keine Verbesserung zu erkennen sei. Der Beirat werde sich die nächsten zwei Sitzungen mit diesem Thema beschäftigen. Zu der ersten Sitzung werde die Verwaltung inklusive des Bürgermeisters und zur zweiten würden die Leistungsträger eingeladen.

Er führt weiter aus, dass die Internetseite der Stadt etwas mehr Barrierefreiheit für sehbehinderte Menschen erfahren habe. Über eine Funktion könne die Größe der Buchstaben und Zahlen angepasst und der Kontrast blendfreier modifiziert werden.

Die neue gender-verifizierte Geschäftsordnung des Beirates für Menschen mit Behinderung stehe sowohl als gedruckte Version in normaler Amtssprache als auch in leichter Sprache zur Verfügung.

Der Beirat habe sich mit einigen Baumaßnahmen, primär im Tiefbau, beschäftigt. Bei der Bevergerner Straße, Kopernikusstraße und der Steinfurter Straße, die als Fahrradstraßen qualifiziert würden, wolle der Beirat sicherstellen, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen diese an passenden Stellen überqueren könnten.

Das Gymnasium Dionysianum sei besucht worden. Bei den aus vielen Epochen stammenden Gebäudeteilen sei eine einheitliche Barrierefreiheit durch Umbau nicht zu bewerkstelligen. Wichtig sei, dass eine Zuwegung und das Gebäude im Inneren barrierefrei würden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass die Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine ihre Projekte beim letzten Treffen des Seniorenbeirates am 28. August 2023 vorgestellt habe.

Der Arbeitskreis Wohnen habe sich im August 2023 das Kämpers-Projekt angesehen. Die geplanten Wohnungen seien jedoch für viele Menschen unbezahlbar. Der Seniorenbeirat habe bei der Wohnungsgesellschaft nachgefragt, ob sie ein bezahlbares Projekt für Senior(inn)en ausarbeiten und in der Oktober-Sitzung vorstellen würden.

Das Projekt Taschengeldbörse sei von einem Arbeitskreismitglied vorgestellt worden, welches im nächsten Jahr starten werde.

Der Arbeitskreis Einsamkeit habe berichtet, dass er mit dem Jugend- und Familiendienst e. V. und der Stadt Rheine im Rahmen des Projektes Bank eine Kooperation eingehen würden.

Herr Hesping (Mitglied Seniorenbeirat) hätte das Tabu-Thema Lebensende zur Sprache gebracht. Unter den diskutierten Möglichkeiten sei ein Hospiz in Rheine vorgeschlagen worden. Neben dem Thema Schlaganfall sei ein Hilfekurs für Senior(inn)en vorgeschlagen worden.

Die Buslinie zum Eschendorfer Friedhof sei ein Dauerthema. Die Entfernung von der Bushaltestelle zum großen Friedhof und umgekehrt sei von vielen älteren Menschen nicht zu bewältigen. Sie werde oft angesprochen, warum dort nichts gemacht würde.

Eine Gruppe habe zu ausgewählten Themen des Sozialberichtes Senioren einen Workshop für den 27. November 2023 in der Familienbildungsstätte vorbereitet.

Herr Azevedo kommentiert, dass das Thema Bushaltestelle Eschendorfer Friedhof, welches zu seinem Wahlkreis gehöre, bislang erfolglos geblieben sei. Er könne nachvollziehen, dass die Entfernung von der Bushaltestelle am Marienstift dorthin für Senior(inn)en in einem fortgeschrittenen Alter schwierig sei. Eine Buslinie zu verändern, sei wegen der Taktung und Wegezeit nicht einfach. Seine Fraktion werde nicht aufgeben.

Frau van Es gibt an, dass das neue Hallenbad ebenfalls ein Thema für die Senior(inn)en sei und fragt, ob dieses künftig angefahren werde.

Herr Gausmann antwortet, dass derzeit ein neues Nahverkehrskonzept entwickelt werde und die Anregungen Hallenbad oder auch Friedhof Eschendorf dort platziert worden seien. Die Abbildung des Nahverkehrskonzeptes sei eine politische Entscheidung.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Vom Familienbeirat ist kein Mitglied anwesend.

8. Sozialplanung: Bericht Vorlage: 286/23

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt, dass die Vorlage einen Überblick darüber gebe, was seit der Aufbauintiierung der Sozialplanung gelaufen sei und wie sich diese in Form von Berichten, Veranstaltungen und konkreten Maßnahmen mit internen und externen Kooperationsbeziehungen in Rheine entwickelt habe.

Frau Ellenberger präsentiert die ersten Ergebnisse des Sozialberichtes Rheine mit dem Schwerpunkt Armut (**Anlage 1**).

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Sozialplanung der Stadt Rheine zur Kenntnis.

9. Sozialbericht Senioren Vorlage: 305/23

Herr Gausmann informiert, dass der vierte Beschlussvorschlag (*Vorlage 196/23*) beim letzten Mal zurückgezogen worden sei, damit sich die sozialpolitische Arbeitsgruppe bei einem Treffen mit der Verwaltung weiter mit der Schwerpunktsetzung habe beschäftigen können.

Herr Krage geht davon aus, dass die Verknüpfung „Generationen“ nicht nur bei dem Thema „Wohnen“, sondern auch bei der „Sozialen Teilhabe“ mitbedacht werde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde wachsende Vorurteile zwischen den Generationen wahrnehmen. Durch Kontaktaufnahme und Abspielen dieser Hypothese könne diesen entgegengewirkt werden.

Frau Floyd-Wenke informiert, dass ihr eine Teilnahme an dem Treffen mit den sozialpolitischen Sprecher(inne)n am 2. August 2023 nicht möglich gewesen sei. Sie sagt, dass sie mit dem Priorisierungsthema „Digitalisierung“ nicht einverstanden sei, da es unzählige Angebote und Hilfestellungen in jeglicher Form für Senior(inn)en geben würde. Das Thema „Altersarmut“ sei dagegen mit keinem Wort erwähnt worden. Das sei mit den Angaben im Bericht der Sozialplanung nicht vergleichbar und solle unbedingt als Handlungsfeld identifiziert werden.

Frau Homann-Eckhardt weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion mehrfach positiv auf den Beteiligungsprozess angesprochen worden sei. Sie findet, dass dieser Weg weitergegangen werden solle, weil dadurch Senior(inn)en mitgenommen werden könnten, egal ob digital oder vor Ort.

Herr Tobias Mersch äußert, dass er das Thema „Digitalisierung“ für wichtig halte, da nach seinen persönlichen Erfahrungen viele Senior(innen) keinerlei Affinität zur Digitalisierung mit seinen weltweiten Informationen hätten.

Herr Gausmann äußert, dass sich der Sozialausschuss, unbenommen der durch die sozialpolitischen Sprecher(innen) vorbereiteten Schwerpunkthemen, anders entscheiden könne. Die Thematiken im Sozialbericht Senioren seien als Grundlage in einem Dreieck identifiziert worden, die quartiersbezogen betrachtet werden sollten. Die vorhin vorgestellte Präsentation zeige, dass Altersarmut in fast allen Stadtteilen vorkomme. Bei dem Stichwort „Teilhabe“ seien nicht nur Menschen mit Beeinträchtigung, sondern auch mit bestimmten finanziellen Rahmenbedingungen oder im Seniorenbereich gemeint.

Herr Ortel erinnert, dass er sich in der Gruppe vom 2. August 2023 dezidiert gegen die Schwerpunktbildung „Digitalisierung“ ausgesprochen habe. Die Affinität zur Digitalisierung bei den 60- und 70-Jährigen sei weiter vorangeschritten. Hochbetagte zu erreichen, würde schwierig werden. Der zweite Beschlussvorschlag entspreche jedoch dem damaligen mehrheitlichen Stimmungsbild. Er verstehe diesen als grobe Richtungsangabe, bei dem andere Punkte keineswegs ausgeschlossen würden.

Frau Lücke erklärt, dass bei dem Treffen intensiv über die Themenschwerpunktsetzung diskutiert worden sei. Bei diesem Dreiklang sei die größte Schnittmenge gesehen worden. Eine gute Ausgangsbasis, wobei die anderen Themen nicht weg seien.

Die generationsübergreifende Ausrichtung nicht nur mit Blick auf die Senioren, sondern in allen Bereichen, werde von ihrer Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Herr Krage stimmt der Aussage von Herrn Ortel zu, jedoch gehöre zur Digitalisierung mehr als nur das Anwenden und Bedienen, wie z. B. das Erkennen von falschen Artikeln unter den Unmengen an Informationen.

Herr Gausmann greift einige Diskussionspunkte auf und kommentiert, dass diese gar nicht so weit voneinander entfernt liegen würden. Bei dem Datenwust im Internet die richtigen von den falschen Aussagen unterscheiden zu können, sei nicht seniorenspezifisch, sondern gelte für alle Altersgruppen.

Frau Dursun schlägt vor, Migrantenvereine über die von der Stadt Rheine in mehreren Sprachen erstellten Informations-Apps zu informieren. Dadurch werde nicht nur generationsübergreifend, sondern an alle Gesellschaftsbereiche gedacht.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt das Ergebnis des Treffens der sozialpolitischen Sprecher(innen) vom 2. August 2023 zur Kenntnis.

2. Der Sozialausschuss legt fest, dass für die Umsetzung des Sozialberichtes Senioren das Thema „Wohnen“ zum Schwerpunktthema ernannt wird und die Themen „Digitalisierung“ und „Soziale Teilhabe“ als weitere Themen benannt werden. Die Themen sollen durch kleinschrittige Maßnahmen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (1 Gegenstimme)

**10. Vertragliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Rheine und dem Caritasverband Rheine e. V.
Vorlage: 198/23/1**

Herr Wever erklärt sich für befangen.

Herr Gausmann informiert, dass die Ursprungsvorlage (198/23) am 31. Mai 2023 aufgrund von Beratungsbedarf von der Tagesordnung genommen worden sei. Diese Ergänzungsvorlage enthalte den umfangreichen Fragenkatalog der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Antworten der Verwaltung.

Frau Friedrich bedankt sich für den längeren Prozess, der sie ein Stück weit abgeholt habe. Sie bezieht sich auf die Ratssitzung am Dienstag und die schmale Haushaltslage. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benötige eine Übersicht nach pflichtigen und nicht pflichtigen Aufgaben und wie diese finanziert würden, um eventuelle Einsparpotenziale im sozialen Bereich erkennen und politisch steuern zu können.

Frau Floyd-Wenke schließt sich dem Gesagten an und erwartet, dass die Verwaltung Einsparpotenziale von sich aus vorschlagen werde.

Weiter führt sie aus, dass ihr die Angabe, dass alle Verträge vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2028 gehen würden, nicht transparent genug sei. Sie möchte wissen, wann welcher Vertrag mit welcher Laufzeit abgeschlossen und verlängert worden sei.

Herr Gausmann erwidert, dass vor langer Zeit entschieden worden sei, alle Verträge auf eine 5-jährige Laufzeit zu befristen. Seitdem würden die Verträge identisch gebündelt. Er schildert, dass die Caritas-Verträge zuletzt für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 geschlossen worden seien. Die Verträge für die Jugendarbeit müssten zum Beispiel zum 1. August 2025 für weitere 5 Jahre verabschiedet werden und die mit dem Deutschen Kinderschutzbund müssten in 2027 neu gemacht werden.

Herr Lewinski beschreibt die Ergänzungsvorlage als gut aufbereitet. Für die FDP-Fraktion sei nachvollziehbar, dass ein Trägerwechsel, der zum Wegfall der vom Land und Bund geförderten Stelle führen würde, nicht in Frage komme. Vorhandene Doppelstrukturen seien erläutert worden. Offen bleibe für seine Fraktion, welche der heute für die nächsten fünf Jahre zu beschließenden Stellen und deren vertraglichen Aushandlungen tatsächlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben oder zusätzlich freiwillige Leistungen umfassen würden. Wie der Bürgermeister und der Kämmerer am Dienstag anlässlich der Einbringung in den Haushalt 2024 deutlich gemacht hätten, seien Steuererhöhungen unvermeidbar und jede Aufgabe auf den Prüfstand zu stellen. Somit sei für seine Fraktion der Unterschied zwischen notwendiger Pflichtleistung und freiwillig übernommener Zusatzleistung ein wichtiger Grundsatz für jede Entscheidungsfindung. Die FDP-Fraktion habe zusammen mit der CDU-Fraktion vor langer Zeit diese Angaben im Haushaltsplan für sämtliche Ausgabenpositionen gefordert.

Herr Ortel kommentiert, dass die Ergänzungsvorlage viel Klarheit geschaffen habe.

Herr Gausmann erklärt, welche Gründe eine vorzeitige Kündigung (*Beschlussvorschlag 4*) wann möglich oder nicht möglich machen würden. Dabei benennt er den Fachkräftemangel und ein eventuell für 10 Jahre zu entwickelndes Haushaltssicherungskonzept.

Herr Ortel versteht, dass die heutige Entscheidung durch die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen nochmal auf den Prüfstand kommen könnte.

Herr Krage regt an, feinere Maßnahmenkriterien für die qualitative Berichterstattung darzustellen, damit die Erfolge einzelner Maßnahmen gemessen werden könnten.

Herr Gausmann antwortet auf die Fragen von Herrn Krage, dass der Träger zu den umfangreichen Leistungsbeschreibungen eine Nachweispflicht habe. In dem jährlich stattfindenden Qualitätsdialog werde geprüft, ob die Leistungen erbracht worden seien. Nicht erbrachte Leistungen oder falls die Stadt Rheine nicht zahlen würde, könnte ein Grund für eine vorzeitige Kündigung sein. Falls gewünscht, könne die Verwaltung den Träger für 2024/Anfang 2025 bitten, eine Berichterstattung für den Sozialausschuss vorzubereiten.

Herr Krage schlägt vor, dass die Verwaltung eine zusätzliche stichprobenartige Berichterstattung durchführen solle, damit die Politik die Arbeitsweisen nachvollziehen könne.

Frau Eggenkämper fragt, ob im Falle einer vorzeitigen Kündigung die für 5 Jahre zweckgebundenen Drittmittel zurückzuzahlen seien.

Herr Gausmann antwortet, dass die Drittmittel jahrgangsbezogen und verausgabte Mittel nicht zurückzuzahlen seien.

Frau Floyd-Wenke erinnert an die Fördermittel zum Thema präventiver Wohnraum, dessen Auftrag ebenfalls an den Caritasverband Rheine e. V. gegangen sei. Die Fraktion DIE LINKE habe bei der Verwaltung nachfragen müssen, warum die angekündigte Stelle noch nicht besetzt worden sei. Sie habe von Frau Gehrke mitgeteilt bekommen, dass die Stelle aufgrund von Fachkräftemangel erst nach 9 Monaten habe besetzt werden können.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass der Caritasverband Rheine e. V. für die 9 Monate kein Geld von der Verwaltung bekommen habe.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die vertragliche Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Rheine e. V. zur Weiterführung der in der Vorlage aufgeführten Dienstleistungen mit Wirkung ab dem 01.01.2024 unter den in der Begründung beschriebenen Bedingungen mit den nachfolgend aufgeführten Fördervolumen (Stellenanteile) und Förderquoten abzuschließen bzw. fortzusetzen.

- | | | |
|--|------|----------------|
| a. Leistungen der existenzsichernden Hilfen (gesamt) | 2,5 | Stellenanteile |
| ○ Schuldner- und Insolvenzberatung | 90 % | Förderquote |
| ○ Wohnungsnotfallhilfe und allg. Sozialberatung | | |

- b. Projekt zur Akquise, Ausbildung und Begleitung von Ehrenamtlichen in der Hilfe von Menschen in wirtschaftlich prekären Lebenssituationen

0,25	Stellenanteile
97 %	Förderquote

- c. Fachstelle Migration (gesamt) 2,89 Stellenanteile
 - o Flüchtlingsberatung der Caritas Rheine 60 % Förderquote
 - o Sprachmittler-Pool für die Stadt Rheine
 - o Interkulturelles Begegnungszentrum Centro S. Antonio
 - o Gendersensitive Migrationsarbeit
 - o Interkulturelle Öffnung – IKÖ „Kulturen erleben“
 - o Förder- und Unterstützungsangebote im Auftrag der Stadt Rheine ausgehend von den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.
 - d. Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) 2,0 Stellenanteile
50 % Förderquote
 - e. Ambulante Suchtkrankenhilfe / Beratung und Prävention mit dem Schwerpunkt pathologisches Glücksspiel
 - o Ambulante Suchtkrankenhilfe 1,0 Stellenanteile
50 % Förderquote
 - o Prävention pathologisches Glücksspiel 1,0 Stellenanteile
90 % Förderquote
 - f. Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige 1,0 Stellenanteile
50 % Förderquote
 - g. Umsetzung Sozialplan Alter unter Berücksichtigung der Fortschreibung des Sozialberichts Senioren 0,5 Stellenanteile
70 % Förderquote
 - h. Wohnberatungsagentur für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen 1,0 Stellenanteile
25 % Förderquote
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vertragliche Vereinbarung so zu schließen, dass der Träger Caritasverband Rheine e. V. zweckgebundene Drittmittel anderer öffentlicher Leistungsträger zu beantragen und in Anspruch zu nehmen hat, und diese Mittel bei der Berechnung der Zuwendungen zu berücksichtigen sind.
 3. Die vertragliche Vereinbarung zur Höhe der Gemein- und Sachkosten ist mit 20 % der Personalkosten auf der Basis des jeweils aktuellen KGST-Tabellenwertes eines Tarifbeschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) anteilig zu fixieren.
 4. Die Vertragslaufzeit ist für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.12.2028 zu schließen. Eine vorzeitige Kündigung ohne triftigen Grund soll vor dem 31.12.2025 nicht vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (1 Enthaltung)

11. **Betreuungskonzept Kremer-Haus - Perspektiven und aktueller Stand** **Vorlage: 315/23**

Herr Gausmann äußert, dass es unter dem Eindruck der Haushaltsrede schwierig sein werde, eine Perspektive für eine erstmal freiwillige Leistung der Kommune abzubilden. Mit dem Träger, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, sei ein kostendeckender Pflegesatz vereinbart worden,

was die Obdachlosigkeit und das Kremer-Haus betreffe. Die Verwaltung halte es für die Infrastruktur der Stadt Rheine notwendig, eine Einrichtung für obdachlose Frauen zu schaffen und plane mit dem Kostenträger, Vereinbarungen zu besprechen.

Herr Ortel kommentiert, dass er dieses ebenfalls als Notwendigkeit ansehe.

Frau Lücke gibt an, dass der SPD-Fraktion das Thema seit 2 Jahren am Herzen liege. Auch wenn für sie das Thema „Angebot für obdachlose Menschen mit Tieren“ nicht von der Agenda sei, könne sie dieser Priorisierung gut folgen.

Herr Krage bestätigt, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Bedarf als gegeben ansehe. Er regt an zu prüfen, ob eine Kooperation mit dem Frauenhaus möglich sei und Synergien bringen könne.

Herr Gausmann erwidert, dass eine Kooperation mit dem Frauenhaus vorhanden sei, wenn es um therapeutische Interventionen gehe. In Obdachloseneinrichtungen gelte die Regelung für einen Aufenthalt von maximal 6 Tagen, in Ausnahmefällen bis zu 10 Tagen. Das Frauenhaus sei für eine andere Zielgruppe vorgesehen; ein Schutzraum für unmittelbar von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt das aktuelle Betreuungskonzept des Kremer-Hauses zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Konzeptentwicklung einer bedarfsgerechten Notübernachtungsstelle für Frauen mit den Bestandteilen Betreuungskonzept, Netzwerkarbeit, Räume, Organisation und Finanzierung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Fortschreibung Migrations- und Integrationskonzept - Prozess und Besetzung politisches Begleitgremium
Vorlage: 301/23**

Herr Gausmann informiert, dass der Integrationsrat getagt habe. Frau Dursun, Herr Rodrigues und Herr Nordine seien als Gremiumsmitglieder und Herr Tahmaz, Herr Aljasem und Herr Kassem als ihre Stellvertreter benannt worden.

Herr Ortel macht auf einen redaktionellen Fehler auf der Seite 4 der Vorlage aufmerksam. Der Integrationsrat sei nicht im Jahr 2019, sondern in 2020 zusammen mit der Kommunalwahl neu gewählt worden.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes zur Kenntnis.
2. Die Fraktionen des Sozialausschusses sowie die UWG BfR benennen jeweils eine(n) Vertreter(in) sowie eine(n) Stellvertreter(in):

Fraktion	Vertreter(in)	Stellvertreter(in)
CDU	José Azevedo	Friedrich Theismann
SPD	Gabriele Leskow	Manhoharan Murali
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Jens Krage	Silke Friedrich
FDP	Jörg Lewinski	Ralf Gissel
UWG Rheine	Rainer Ortel	Birgit Marji
DIE LINKE	Annette Floyd-Wenke	Heinz-Jürgen Jansen
Gast ohne Fraktionsstatus		
UWG BfR	Evelyn Eggenkämper	Detlef Weißling

**13. Integration durch Bildung: Sprachoffensive der Stadt Rheine, Arbeit des multiprofessionellen Teams und Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen
Vorlage: 274/23**

Herr Gausmann greift aus der umfangreichen Vorlage den Punkt Sprachoffensive auf. Sprache sei der Schlüssel zur Integration und die Verwaltung habe in diesem Jahr viele Sprachkurse zur Verfügung stellen können. Erstmals seien zusätzlich 15.000,00 Euro an Haushaltsmittel benötigt und bereitgestellt worden, um alle Sprachkurse abbilden zu können. Hier dürfe der Rotstift nicht angesetzt werden.

Frau Homann-Eckhardt fragt, wie der Zuweisungsstand von Ukrainer(inne)n aussehe und ob es einen Trend für das nächste Jahr gebe.

Herr Gausmann antwortet, dass die Stadt Rheine mit dem Wegfall der Zentralen Unterbringungseinrichtung erstmals in den letzten Monaten unter 100 % gewesen sei. Weil die Landesaufnahmeeinrichtungen überfüllt gewesen seien, habe es Zuweisungen von Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten gegeben. Derzeit liege die Quote bei 100,03 %. Wie es sich weiterentwickeln werde, könne er nicht sagen. Unstrittig sei, dass die Fluchtbewegungen weltweit aus unterschiedlichen Gründen mit über 100 Millionen einen Höchststand erreicht hätten. Durch das entwickelte Unterbringungskonzept halte die Stadt Rheine vorausschauend noch einige Unterbringungsmöglichkeiten vor. Er sei gerne bereit, weiter unterzubringen. Um das abbilden zu können, würde er von Bund und Land erwarten, dass sie die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stellen würden. Er werde dem Ausschuss im November 2023 die aktuellen Zahlen zur Verfügung stellen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Integration durch Bildung mit folgenden Bestandteilen

- I. Sprachoffensive
 - II. Arbeit des Multiprofessionellen Teams
 - III. Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen in Rheine
- zur Kenntnis.

**14. Programmübersicht Interkulturelle Woche (IKW) 2023
Vorlage: 271/23**

Herr Gausmann lädt im Sinne des Integrationsrates alle ein, die Angebote umfangreich in Anspruch zu nehmen und erwähnt als Highlight das Bürgerpicknick am 3. Oktober 2023.

Er gibt weiter an, dass am 3. November 2023 (17:00 Uhr in der Aula des Kopernikus-Gymnasiums) die vom Integrationsrat organisierte Veranstaltung „Mehrsprachigkeit“ stattfindet. Mehrsprachigkeit trage zur kulturellen Vielfalt in Rheine bei.

Herr Burmeister kommentiert, dass er die Kombination Eröffnung und Einweihung des zweiten und dritten Bauabschnittes im Begegnungszentrums Mitte⁵¹ für gut befunden habe. Das Gebäude sei ausführlich erklärt worden. Zudem habe er direkt erleben dürfen, wie dieses genutzt werde und welchen Anklang es bei der Bevölkerung im multikulturellen Bereich finde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Interkulturellen Woche (IKW) 2023 zur Kenntnis.

15. Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jährliches Einbürgerungsfest Vorlage: 317/23

Die Ausschussmitglieder diskutieren, welchen Unterschied der Beschlussvorschlag des Antragstellers zu dem der Verwaltung ausmacht. Sie befürworten, dass jährlich ein Einbürgerungsfest stattfinden soll. Und sie sind sich sicher, dass die gesetzliche Regelung dazu kommen wird.

Herr Gausmann erklärt, dass es zu einer freiwilligen Leistung werde, falls die Durchführung eines jährlich stattfindenden Einbürgerungsfestes heute beschlossen würde. Stünden keine freiwilligen Leistungen mehr zur Verfügung, müsste diese Aufgabe wieder abgelehnt werden. Bei einem Beschluss im nächsten Jahr, nach Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung, würde dies zu einer pflichtigen Leistung werden. Geld vom Land gebe es nicht.

Über den von Herrn Gausmann vorgetragene geänderten Beschlussvorschlag wird abgestimmt (siehe Beschluss).

Geänderter Beschluss:

Der Sozialausschuss begrüßt, dass künftig ein Einbürgerungsfest stattfindet. Die Verwaltung wird beauftragt, im Vorgriff auf die gesetzliche Regelung erste Schritte zur Umsetzung zu gehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:33 Uhr

José Azevedo
1. Stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin